

Freiberger LinksWorte

14. März 2007

Nr. 237

18. Jahrgang



Rathäuser in Mittelsachsen

Döbeln (Links), Freiberg (Mitte)
und Mittweida (Rechts)



Die LINKE kommt! Auch in Mittelsachsen! Aber bis zur einheitlichen Linken in Mittelsachsen steht noch mancher Stolperstein im Wege, den der Koornierungsausschuss aus dem Wege räumen muss

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Die Urabstimmungen in Linkspartei.PDS und WASG stehen im April und Mai vor der Tür

Weiter auf dem Weg zur neuen LINKEN in Mittelsachsen
Fortschritte und Stolpersteine
auf dem Wege dahin

Reißt das Schulnetz im Landkreis Freiberg?
Schnappt die demografische Falle zu?

inhalt

- 2 editorial & kommentiertes
- 3 leserpost
- 4 die urabstimmung zur verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG steht bevor
- 5 auf dem wege zum neuen kreisverband der LINKEN in mittelsachsen; fortschritte und hemmnisse
- 6 was wird mit dem schulnetz im landkreis freiberg? wir berichten aus oederan
- 7 jubiläen & verschiedenes
- 8 termine & vermishtes

Die nächste Ausgabe der „Freiberger LinksWorte“ erscheint in der 15. Kalenderwoche 2007
Redaktionsschluss ist Freitag, 06. April 2007

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der Freiberger Linksworte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: Die Linkspartei.PDS Kreisvorstand Freiberg, 09599 Freiberg, Bebelplatz 3
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56 Fax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Harry Nestler, Richard Thum, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Fotos und Layout: A.Bi.Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstrasse 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „Freiberger LinksWorte“ werden im Internet unter www.links Worte.de veröffentlicht. Dort sind im Archiv auch ältere Exemplare der Zeitung abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Es wird ernst mit der Parteineubildung und den neuen Verwaltungsstrukturen in Sachsen. Der März ist gekommen und mit ihm der „Vorstart“ in die heiße Phase. Höhepunkt zweifelsfrei die am 24. und 25. März in Dortmund parallel stattfindenden Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG, wo der Verschmelzungsvertrag und die grundlegenden Dokumente der neuen Partei beschlossen werden. Außerdem geben sie den Auftakt zur Urabstimmung in beiden Parteien. Wir haben der Durchführung der Urabstimmung eines der Titelthemen dieser Ausgabe gewidmet. Bereits am 17. März werden Landesrat und Landesvorstand der Linkspartei.PDS Sachsen die Einberufung der 1. Tagung des 1. Landesparteitags der Partei DIE LINKE. beschliessen. Die Mitglieder des Kreisverbandes der Linkspartei.PDS werden sich am 09. Juni im Stadtsaal von Flöha in der „Alten Baumwolle“ zur Gesamtmitgliederversammlung treffen und unsere Delegierten wählen. Zu diesem Zeitpunkt sind die hoffentlich überzeugenden Ergebnisse der Urabstimmung bekannt und der erste Parteitag der neuen Partei DIE LINKE am 15. und 16. Juni steht unmittelbar bevor. Der Kreisverband Freiberg der neuen Partei wird sich dann ganz intensiv der Frage zu widmen haben, wie das Zusammengehen mit Döbeln und Mittweida so effektiv wie möglich zu bewerkstelligen ist. Auch dieser Frage haben wir wieder ein Titelthema gewidmet. Also, ans Werk, liebe Mitstreiter!

glossiert

(hw) Will man in diesem Lande eine Glosse schreiben, findet man sein Futter buchstäblich in den Beamtenstuben. Verliert man sich im Paragrafenschunzel, hat man ausgespielt. Eine der spannendsten Übungen bei Linkspartei und WASG ist es gegenwärtig, eine Verschmelzung zwischen zwei eingetragenen Vereinen hinzukriegen, die nicht an den sprichwörtlichen Baum fährt, der in Form von Umwandlungsgesetz, Parteiengesetz und Vereinsgesetz im Wege steht. Da kommt dann eine Urabstimmung mit „Verschickungsmanagement“ heraus, wo die Mitglieder nicht gefragt werden: „Willst du die neue Partei, JA oder NEIN?“, sondern viel verständlicher: „Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei. PDS auf der Grundlage der beschlossenen Grundsatzdokumente zu? Warum einfach, wenn es so schön kompliziert geht!

Standpunkte

von unserem Redaktionsmitglied Harry Nestler, Flöha

Er ist ein Mann vom Lande; im Erzgebirge stand seine Wiege und vermutlich auch sein Kindergarten. Er vertritt einen strammen Konservatismus, ist seit 1983 in Besitz des Parteibuches der CDU. Das führte ihn nach der Wende die steile Stufenleiter in der Politik hinauf bis zum Kultusminister im Freistaat Sachsen und als Beigabe noch bis zum Vize seiner Partei im Bund.

Der wachsame Katholik Steffen Flath hat gegenwärtig ernsthafte Probleme mit der von seiner Parteifreundin und Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen entfachten Diskussion. Deren Forderung ist, mehr Kindergartenplätze zu schaffen und die Obhut der Kinder ab dem 1. Lebensjahr zu sichern. Sie entdeckt plötzlich, dass in den neuen Bundesländern durchschnittlich für 40 Prozent aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote in vorbildlicher Art und Weise angeboten wurden.

Zur Erinnerung sei angefügt: Vor 20 Jahren gab es noch auf allen Gebieten der DDR eine Betreuung der Kinder von mehr als 80 Prozent und für die Drei- bis Sechsjährigen sogar von 100 Prozent. Da aber - so zeigt es die Statistik - in den alten Bundesländern die Betreuung um die 19 Prozent oder noch weniger liegt, mussten die „neuen“ Länder an dieses Niveau angeglichen werden! Nun soll alles neu gerichtet werden; dafür alle Anerkennung für die späte Einsicht der Bundesfamilienministerin.

Das erschreckt allerdings den wachsam Katholiken Steffen Flath. Der Drang vieler Eltern, ihre Kinder umgehend und kostengünstig dem Staat in die Obhut zu geben, seien Schritte in die Vergangenheit, so Flath.

Es kann doch wohl nicht sein, dass Frauen nach Arbeit und sozialer Sicherheit streben. Das sei „Staatsgläubigkeit“ und gehöre einer längst überwundenen „DDR-Diktatur“ an, wo man nach Flaths Überzeugung die Frauen verpflichtete, ihre Kinder in staatliche Erziehungsobhut zu geben. Flaths Bekenntnis und Auffassung zu Kindern, Küche und Kirche: noch immer sei die beste Obhut für die Erziehung der Kinder die Familie. Rückendeckung gibt ihm sein Chef und Sachsens CDU-Vorsitzender Georg Milbradt mit der Weisung, das CDU-Profil zu schärfen und keinen „Linksruck“ zuzulassen. So schärft ein Kultusminister sein konservatives Profil. Das geht, so ist bekannt, mit einer CDU-Mehrheit im Landtag Sachsen immer gut. Das wissen die Milbradts, Flaths und ihre CDU-Parteigänger natürlich und so wird der Mann vom Lande zu seiner nächsten Wahl schreiten - im Herbst will er wieder zum CDU-Vize gewählt werden; mit seinem Nimbus eines Regimekritikers in der DDR.

Gesundheitsreform?

von unserem Leser Michael Matthes

Es war eine schwere Geburt, um nicht zu sagen, eine Fehlgeburt auf 500 Seiten Umfang. Man fragt sich, ob die Damen und Herren der Großen Koalition überhaupt wissen, was sie beschlossen haben. Schließlich gibt es in deren Reihen auch Mediziner. Dem Vernehmen nach könnten das die Gegenstimmen gewesen sein. Die Reform tritt am 1. April 2007 in Kraft. Das ist kein Scherz sondern bitterer Ernst.

Wer seinen gesunden Menschenverstand benutzt, kommt sehr schnell dahinter, dass sich nichts zum Besseren ändern wird.

Es war zunächst von sinkenden Beiträgen und sinkenden Lohnnebenkosten beim Arbeitsgeber die Rede. Das Gegenteil wird der Fall sein. Fällt die „Praxisgebühr“ weg, die der Arzt (und der Zahnarzt noch einmal) in jedem Vierteljahr vom Patienten einkassiert und dann an die jeweilige Krankenkasse weiterleitet? Nein, sie bleibt. Fallen die Zuzahlungen zu den Medikamenten weg? Nein, sie bleiben bestehen. Fallen die Zuzahlungen bei der Zahnbehandlung weg? Nein, sie bleiben erhalten.

Die Beiträge der (nicht privat versicherten) Bürger und der Arbeitgeber werden in der Bundesrepublik Deutschland von über 300 – in Worten dreihundert – Krankenkassen vereinnahmt und verwaltet. Fusionieren davon Krankenkassen, um eine effektive Anzahl zu bekommen? Nein, das ist nicht der Fall. Die „Gesundheitsreform“ schafft aber eine weitere Monsterbehörde, die die Beiträge vereinnahmt und dann an die 300 Krankenkassen weiterleitet. Mit den Beiträgen werden meist aufwendige Gebäude und Geschäftstempel errichtet und unterhalten, bei jeder der 300 Krankenkassen werden üppige Vorstandsgehälter verteilt, und es sitzt dort meist medizinisch ungeschultes Personal, das darüber entscheidet, ob die Therapie ausgeführt werden kann, die der Arzt für seinen Patienten vorgesehen hat. Man kann sich vorstellen, dass recht geringe Teile der Beiträge für die medizinische Behandlung bereitstehen. Trotzdem wird dem Bürger versprochen, dass er für seine geleisteten Beiträge eine „medizinisch notwendige und ausreichende Versorgung“ erhält. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Krankenkassen stellen den ärztlichen Abrechnungsstellen einen festgelegten Betrag für jeden Versicherten und jedes Jahr zur Verfügung. Diese werden von den Abrechnungsstellen auf die Arztpraxen als Budget in Vierteljahresscheiben aufgeteilt. Wenn das Budget aufgebraucht ist, muss der Arzt die Behandlung einstellen oder seine Praxisaufwendungen selbst bezahlen. Um sich ein Urteil bilden zu können, sollte man noch wissen, dass die Kassen keinen einheitlichen Betrag in den „Budgettopf“ einzahlen. So bezahlt die AOK für die Zahnbehandlung

etwas über 100 EUR pro Versicherten und Jahr in den „Budgettopf“, während andere Kassen bis zum Doppelten bereitstellen. Die medizinische Betreuung soll jedoch für alle Patienten gleich sein. Und noch etwas: Wenn die AOK – wie geschehen – bei den besser versorgenden Kassen 70.000 Versicherte abwerben, dann ist der „Budgettopf“ eben beträchtlich weniger gefüllt. An all dem ändert die „Gesundheitsreform“ nichts.

Und so wird es dabei bleiben, dass in den Praxen – deren Budget aufgebraucht ist – Patienten, die nicht privat versichert sind, eben erst im nächsten Quartal Termine bekommen werden. Und es wird so bleiben, dass Praxen keinen Nachfolger finden werden, weil in Deutschland ausgebildete junge Ärzte im Ausland bessere Bedingungen vorfinden.

Und es wird dabei bleiben, dass die weiter bestehenden Praxen aus Budgetgründen keine weiteren Patienten aufnehmen können.

Bleibt noch die Bemerkung, dass die Große Koalition vom Wähler den Auftrag erhalten hatte, Reformen durchzuführen, die diesen Namen verdienen. Dazu hat sie die erforderlichen Mehrheiten erhalten. Trotzdem versagen die verantwortlichen Volksvertreter.

Sie, lieber Leser, dürfen davon ausgehen, dass sich das Geschilderte von der Wirklichkeit nicht unterscheidet. Der Verfasser ist mit einer Zahnärztin verheiratet. Er hat zwei Töchter, eine ebenfalls Zahnärztin, die andere Internistin.

Interessante Themen und viele Fragen

von Günter Goldschmidt, Oederan

Zur Gesamtmitgliederversammlung unserer Region Flöha am 14. Februar 2007 im Stadtcafé Oederan wurden die Mitglieder mit den Klängen bekannter Arbeiter-Kampf- und Marschlieder begrüßt.

Der Vortrag unseres Genossen Hans Weiske übermittelte eine Reihe aktueller Probleme des gegenwärtigen **Fusionsprozesses unserer Partei**. Dabei wurde es besonders interessant, als es um die Fragen ging, wie es weiter geht mit der Neubildung unserer Partei gemeinsam mit der WASG.

Unter den besonderen Bedingungen, bei denen zur Zeit alle Register gezogen werden für die neue Kreisreform ergaben sich solche Fragen, wie:

- wird die Struktur unserer Partei mit der Bildung eines Großkreises wesentlich verändert?
- Welche Rolle spielen dann noch unsere Basisgruppen und Ortsverbände?
- Wie soll die Arbeit eines neu zu bildenden Kreisvorstandes für einen möglichen Großkreis aussehen?

Solche und noch andere Fragen prägten dann auch die Diskussion.

Es wurden aber auch Sorgen genannt. Da sprach Genossin Anita Götze aus Flöha aus, was viele andere auch bewegt, nämlich dass in diesen sicher nicht einfach zu lösenden Problemen die organisatorischen Dinge zu sehr im Mittelpunkt stehen. Unsere Mitglieder vermissen zur Zeit die inhaltliche Orientierung im Zusammenhang mit dem Neubildungsprozess.

An unserer Versammlung nahm zum ersten Mal unser jüngstes Mitglied der Region Flöha teil, Christian Klose, Abiturient, zur Zeit Zivildienstleistender im Pflegeheim Hofmannstift in Oederan, geht nach Ende seiner Dienstzeit zum Studium, er hatte auch Fragen.

Die wichtigste davon war, was ist mit der Nachwuchsgewinnung und was wird mit der Jugend gemacht?

Antworten gab es viele. Lösungsansätze wurden genannt. Letztlich standen wir wieder alle vor dem selben Problem. Wie soll das gehen? Für Christian Klose war es trotzdem eine neue Erfahrung in seinem jungen Leben.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden unsere Mitglieder durch unseren Genossen Heiner Seifert gründlich informiert über das leidige Problem der **Besteuerung der Rentner**.

Fazit: unsere Mitglieder haben das erste Mal verstanden, um was es dabei so richtig geht. Sie haben aus berufenem Mund erfahren, dass es wieder gegen sie geht.

Wichtig war wohl auch, dass es Genosse Seifert verstanden hatte, an Hand von praktischen Beispielen unseren Mitgliedern mit auf den Weg zu geben, wie sie sich nun persönlich verhalten sollen. Da war es auch nicht verwunderlich, dass viele unserer Mitglieder die Gelegenheit nutzten, ihre persönlichen Probleme in Vier-Augen-Gesprächen gleich an den Mann zu bringen.

Rundum eine gelungene Regionalversammlung. Diese ließen wir dann auch ohne weitere Schlussworte dieselbe mit Musik ausklingen.

„Nachschlag der Redaktion“

Leider können wir in dieser Ausgabe aus Platzgründen nicht alle bei uns eingegangenen Leserbriefe veröffentlichen. Unseren geeigneten Lesern zur Information, dass sich weiterhin zu Wort gemeldet haben:

- Unser Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Brand-Erbisdorf, **Mathias Schreier**, mit einer sehr nüchternen und sachlichen Analyse der Ursache der bitteren Wahlniederlage

- Unsere Leserin aus Oederan **Rita Hillmann**, die in Ergänzung zu ihrem Artikel auf Seite 6 eindringlich appellierte, den erneuten Volksantrag „Zukunft braucht Schule“ noch intensiver als bisher zu unterstützen. Noch reichen die Ergebnisse nicht aus.

Ja zur neuen Linkspartei!

Zu den bevorstehenden Urabstimmungen in Linkspartei.PDS und WASG

(red) Es wird langsam aber sicher ernst mit der Parteineubildung. Seinen wir doch ehrlich: dieses Jahr begann aus Freiburger Sicht recht beschaulich. Zwar existieren die „Eckpunkte“ und diverse Entwürfe von Satzungen und Finanzordnungen auf Bundes- und Landesebene, zwar geht der Zoff in der WASG mancherorts weiter - uns erreicht das alles nur in abgeschwächter Form und wirft niemanden aus dem Sattel. Jetzt aber wird es richtig ernst! Die Dortmunder Parteitage stehen unmittelbar bevor und mit ihnen wird grünes Licht für die Urabstimmungen zwischen dem 30.März und dem 18.Mai gegeben. Wir dokumentieren im folgenden einen Appell des Bundesgeschäftsführers der Linkspartei. PDS Dietmar Bartsch und wichtige Auszüge aus einem Beschluss des Landesvorstandes. Der Kreisvorstand hat sich auf seiner monatlichen Beratung am vergangenen Montag mit der Vorbereitung der Urabstimmung beschäftigt und empfohlen, dazu in den Regionen Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg Gesamtmitgliederversammlungen durchzuführen. In der Ausgabe April der „Freiberger LinksWorte“ gehen wir ausführlich auf Einzelheiten der Urabstimmung bei der Linkspartei.PDS und in der WASG ein. Dann werden wir auch darüber informieren, wie die Organisation im Kreisverband laufen wird.

Ja zur neuen Linkspartei!

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zur bevorstehenden Urabstimmung

Auf parallel tagenden Bundesparteitagen werden Linkspartei.PDS und WASG im März in Dortmund über ihren Zusammenschluss beraten. Danach entscheiden darüber die Mitglieder per Urabstimmung. Ich bitte alle Mitglieder der Linkspartei.PDS, sich zwischen dem 30. März und dem 18. Mai 2007 an der Urabstimmung zu beteiligen, und ich werbe dafür, für die Verschmelzung von WASG und Linkspartei zur Partei DIE LINKE zu stimmen.

Die neue Partei – so steht es im Entwurf der Satzung – ist in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung verwurzelt und der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet. Sie steht den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe und schöpft aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung. DIE LINKE strebt die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft an, sie ist plural und offen für alle, die gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen wollen.

Ich denke, dieser Bestimmung des Platzes und der Ziele der LINKEN können wir gut zustimmen. Gewiss, mit der Neugründung ist der Abschied von der Partei verbunden, für die sich viele von uns seit Jahren engagieren. Dieser Abschied ist auch bei mir mit Wehmut verbunden. Und doch tun wir gut daran, im Neuen vor allem die Chancen zu sehen. Lothar Bisky hat den Weg der „alten“ PDS in eine neue Linkspartei als einen „zweiten Aufbruch“ – nach dem der Jahre 1989/90 – bezeichnet. Wir können beweisen, dass in Deutschland etwas gleichberechtigt zusammenwachsen kann, was in der Geschichte und in Ost und West unterschiedliche Wurzeln hat, was verschiedene Milieus darstellt und anspricht. Es ist der Aufbruch in eine neue politische Kultur, wenn hierzulande eine Partei, die sich vom demokratischen Sozialismus leiten lässt, ebenso selbstverständlich zum politischen Spektrum gehört wie Sozialdemokraten, Konservative und Liberale. In vielen Ländern Europas ist das schon selbstverständlich. Wir brauchen eine einflussreiche linke Partei, weil der neoliberalen Politik des Abbaus von Demokratie und Sozialstaatlichkeit, den Befürwortern von ungehemmtem Wettbewerb und Militarisierung eine starke Kraft mit modernen sozial-ökologischen Alternativen entgegen stehen muss. Deshalb meine ich: Ja zur neuen Linkspartei!

Auszüge aus dem Beschluss des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Sachsen vom 10.02.2007 zum Verfahren der Urabstimmung

(Hervorhebungen durch die Redaktion)

Die Linkspartei.PDS führt vom 30.März bis 18.Mai 2007 eine Urabstimmung durch. Mit der Urabstimmung entscheiden die Mitglieder über die Verschmelzung der Partei mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - die Wahlalternative (WASG). **Ziel ist die Bildung einer neuen Partei in der Bundesrepublik Deutschland: DIE LINKE.**

Die politischen und rechtlichen Grundlagen der neuen Partei sind Gegenstand der Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG, die am 24. und 25.März 2007 in Dortmund stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die Beratung und Beschlussfassung über

- die Programatischen Eckpunkte
- die Bundesatzung
- die Schiedsordnung
- die Bundesfinanzordnung
- den Entwurf des Verschmelzungsvertrages

Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS hat einen Antrag an den Dortmunder Bundesparteitagerichtet, mit dem er vorschlägt zu beschließen, dass die Urabstimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS mit folgender Fragestellung stattfindet:

„Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?“

Ja

Nein“

..... Die Urabstimmung wird als Briefaktion durchgeführt, in der jedes Mitglied angeschrieben wird. Vor Beginn und während der Urabstimmung wird unter der Mitgliedschaft über die Urabstimmung informiert und für die Teilnahme geworben. **Unser Ziel ist eine hohe Beteiligung und eine hohe Zustimmung zur Verschmelzung.**

..... Alle Mitglieder erhalten von der Bundesgeschäftsstelle per Brief ein Anschreiben mit Erläuterungen zur Urabstimmung, den Beschluss des Parteitages und den Text des Verschmelzungsvertrages sowie den Urabstimmungsschein zur Ausfüllung und Rücksendung in einem verschlossenen Kuvert, das in den beigelegten Umschlag mit dem Aufdruck „Gebühr zahlt Empfänger“ zu stecken ist. Dieser ist mit dem eindeutig zuordenbaren Kennwort „Urabstimmung“, der Absenderangabe des Mitglieds und der Anschrift des Landesverbandes zu versehen. Die Rücksendung erfolgt an die Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes Sachsen.

Die Briefe zur Urabstimmung werden nach dem März-Parteitag ab 26.März bis zum 30.März versandt, so dass das Gros der Mitgliedschaft die Urabstimmungsunterlagen am 30.März erhält.

Die Auszählung der Urabstimmung wird in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle am 19.Mai 2007 von der Wahlkommission des Parteitages durchgeführt. Die Urabstimmung hat kein Teilnahmestimmquorum. Die Zustimmung zur Parteibildung gilt als erfolgt, wenn mehr Ja- als Neinstimmen ermittelt werden.

Aus Sparsamkeitsgründen ist die direkte Einsammlung der Urabstimmungsunterlagen durch Basisorganisationen und Kreisverbände sinnvoll. Allerdings ist auch hier streng darauf zu achten, dass die Umschläge mit der Adresse des Landesverbandes und dem Absender des Mitglieds ungeöffnet gesammelt und der Landesgeschäftsstelle übergeben werden.

Stolpersteine auf dem Wege zu einem einheitlichen Kreisverband der LINKEN in Mittelsachsen?
Beratung der Koordinierungsgruppe am 08.März in Döbeln markiert Fortschritte, aber auch weiteren Klärungsbedarf

(red) Unsere Leser dürften es verspürt haben: die Redaktion der „Freiberger LinksWorte“ verfolgt bereits seit einigen Monaten mit großer Aufmerksamkeit, was die drei Kreisvorstände und die WASG in Döbeln, Mittweida und Freiberg aus der Tatsache machen, dass mit der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform neue Strukturen in der Verwaltung und neue Kreise entstehen, darunter der Großkreis „Mittelsachsen“ (oder vielleicht „Freiberg“?) mit seiner Kreisstadt Freiberg (oder vielleicht Mittweida respektive Döbeln?). Dabei darf man davon ausgehen, dass die in Klammern stehenden Varianten eher unwahrscheinlich sind.



Unsere Döbelner Genossen wissen, wo und wie es langeht; ohne anzuhalten mit der neuen LINKEN nur nach links. Die Kreisgeschäftsstelle im Stadtzentrum

Die Beratung der Koordinierungsgruppe am Frauentag begann mit dem Glückwunsch der zahlenmäßig dominierenden holden Männlichkeit an die beiden einzigen Genossinnen im Rund, beide aus dem Kreisverband Mittweida. Ein weiterer erfreulicher Fakt: die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS informierte darüber, dass sie am 30.Mai 2007 in Freiberg einen Regionaltag durchführen wird. Die Fraktion will sich nach ihrem eingenen Bekunden dann ein detailliertes Bild von der Entwicklung der mittelsächsischen Region und besonders der Stadt Freiberg als Stadt und neues Oberzentrum verschaffen.

Danach ging es zur Sache: die in der Überschrift vermeldeten Stolpersteine traten zu Tage. Was nicht bedeutet, dass sie uns auf unserem Weg zum neuen Kreisverband aufhalten werden. Aber weiterer Klärungsbedarf ist angesagt. Dieser konzentriert sich auf folgende

drei Schwerpunkte:

- Die Struktur der neuen LINKEN im Großkreis. Dabei konzentrieren sich die Auffassungen unserer Partner aus Döbeln und Mittweida darauf, soviel wie irgend möglich aus den bisherigen Strukturen zu erhalten. Das wird aber problematisch, wenn es um die zeitweise Erhaltung der jetzigen Kreisstrukturen geht. Immerhin würde dann eine zusätzliche Leitungsebene zwischen Kreis und Basis entstehen.

- Die Modalitäten der Wahl des neuen Kreisvorstandes voraussichtlich im Herbst diesen Jahres. Dabei geht es um die ausgewogene Präsenz der drei Altkreise und der WASG im neuen Kreisvorstand, um ein oder zwei Vorsitzende (einer aus der WASG), um die zahlenmäßige Stärke des Kreisvorstandes und zum Modus der Wahl der Delegierten.

- Die Organisation der Finanzarbeit im neuen Kreisverband. Hier ist vorerst nur so viel klar, dass bis Ende 2007 alles beim alten bleibt, dh. die Realisierung und Abrechnung des Finanzplans 2007 bleibt noch in Regie der bisherigen Kreisverbände. Die Planung 2008 muss aber schon durch den neuen Schatzmeister erfolgen und erfordert einen einheitlichen Ansatz für den neuen Kreis.

Die nächste Beratung der Koordinierungsgruppe findet am 12. April in Mittweida statt.

Einige Fakten zu unseren neuen Partnern in den Kreisverbänden

Döbeln

Mit 72.000 Einwohnern und einer Fläche von 424 km² einer der kleinsten Landkreise im Freistaat Sachsen im Regierungsbezirk Leipzig. Döbeln beruft sich gern auf seine Lage im Herzen des Freistaates Sachsen, die drei Oberzentren Chemnitz, Dresden und Leipzig liegen alle in etwa 50 Kilometer Entfernung. Gemeinsame Kreisgrenzen mit dem Landkreis Freiberg gibt es nicht.

Die Kreisstadt Döbeln hat über 21.000 Einwohner und eine reizvolle Innenstadt, errichtet auf einer Insel in der Freiberger Mulde. Mit Freiberg verbindet Döbeln (durch ihren Riesenstiefel auch als Stiefelstadt bezeichnet und mit einem Stiefel-

chen als Maskottchen) das gemeinsame Mittelsächsische Theater und ein Ober- und Nieder(Unter)markt. Markant besonders das Rathaus und die Nikolaikirche mit ihrem Hochaltar.

Weitere Städte im Landkreis sind Hartha, Leisnig, Roßwein und Waldheim.

Im Kreisverband der Linkspartei.PDS Döbeln sind 246 Mitglieder organisiert.

Mittweida

Der gegenwärtige Landkreis Mittweida hat 130.000 Einwohner und umfasst eine Fläche von mehr als 773 km². Mittweida schließt mit seinem Territorium unmittelbar nördlich an das Oberzentrum Chemnitz an. Er hat eine relativ lange gemeinsame Kreisgrenze mit dem Kreis Freiberg.

Die Kreisstadt Mittweida betont ihre Rolle als Hochschulstadt. Sie hat mehr als 16.000 Einwohner. Ihre Entwicklung ist untrennbar mit dem Technikum, der heutigen Hochschule, verbunden. Markant sind besonders der 2004/2005 umfassend umgestaltete Markt und die Innenstadt im Bereich der Weberstraße und der Rochlitzer Straße.

Weitere Städte im Landkreis Mittweida sind Burgstädt, Frankenberg (größer als Mittweida!), Gehringswalde, Hainichen, Lunzenau, Penig und Rochlitz.

Im Kreisverband der Linkspartei.PDS Mittweida sind 380 Mitglieder organisiert.



Parteiendemokratie in Mittweida: Am Marktplatz von Mittweida präsentieren sich die Parteien mit ihren Angeboten an die Bürger

Unsere Gesellschaft wird immer älter, die jungen Menschen werden immer weniger Brauchen wir im Landkreis Freiberg bald keine Schulen und Berufsschulen mehr?

(red) Zugegeben, die Überschrift ist etwas zugespitzt formuliert. Schulen wird es auch in einer mehr und mehr vergreisenden Gesellschaft geben. Aber in vielen Städten und Gemeinden verschwinden sie aus dem Ortsbild oder gammeln nur noch vor sich hin. Das nach außen dringende fröhliche Kinderlachen ist oftmals gähnend leeren Fensteröffnungen gewichen.

Die Linkspartei.PDS nimmt sich dieses Problems an, auch wenn ihr scheinbar die Hände gebunden sind. Der Staat setzt bürokratische Hürden; ist eine bestimmte Schülerzahl unterschritten, ertönt aus dem Dresdener Kultusministerium das berühmte „basta“!

Rita Hillmann ist im Stadtparlament in Oederan und darüber hinaus sehr aktiv im Kampf um die Erhaltung der örtlichen Mittelschule und Achim Grunke arbeitet in der zuständigen Arbeitsgruppe des Kreistages mit, die sich jetzt schon auf die Berufsschulen konzentriert, wo die „demografische Lücke“ nach den Grund- und Mittelschulen demnächst ankommen wird. Beide kommen im folgenden zu Wort.

Zukunft braucht Schule von Rita Hillmann, Oederan

Das deutsche Schulsystem ist dringend reformbedürftig, zum einen der herrschenden Kleinstaaterei auf diesem Gebiet, zum anderen der bevorzugten Dreigliedrigkeit wegen. Jedes Bundesland hat ein eigenes Schulgesetz, unterschiedliche Schulstrukturen und Lehrpläne. Der Arbeitsmarkt fordert von den Arbeitnehmern große Flexibilität. Findet eine Familie in einem anderen Bundesland Arbeit und wechselt den Wohnsitz, fallen die Kinder in ein tiefes Loch. Nicht nur, dass sie aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden, langjährige Freundschaften und die Großfamilie verloren gehen, finden sie auch in der neuen Schule ganz andere Bedingungen vor. Das beginnt mit anderen Lehrbüchern und oft auch einem anderen Fächerkanon, aber oft finden sie auch eine ganz andere Schulstruktur vor. Ein Beispiel dafür soll genügen. In Sachsen werden die Fächer Geografie, Geschichte und Biologie durchgängig ab Klasse 5 unterrichtet, in Nordrhein-Westfalen aber Geografie im Klasse 5 und 7, Geschichte in Klasse 6 und 8. Die Dreigliedrigkeit selektiert in der Regel bereits nach der 4. Klasse die Kinder in Haupt- bzw. Realschüler und Gymnasiasten. Dabei wird immer wieder die Durchlässigkeit des Schulsystems betont, die steht aber eigentlich nur auf dem Papier, wenn es um den Aufstieg von der Haupt- zur Realschule oder von der

Realschule zum Gymnasium geht. Als ein Beispiel dazu könnte gelten, dass im Gymnasium bereits ab Klasse 6 eine zweite Fremdsprache unterrichtet wird, in der Realschule aber erst ab Klasse 7 und auch das nur für den sprachlich ausgerichteten Teil. Nur soviel zu den angeblich gleichen Bildungschancen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Ruf nach längerem gemeinsamen Lernen immer breitere Kreise erfasst, zumal in den skandinavischen Ländern - Finnland studierte das Schulsystem der DDR - gute Erfahrungen damit gemacht wurden. Dieser Ruf hat auch Sachsen erfasst. Durch den Verlust der absoluten Mehrheit der CDU im Sächsischen Landtag war es möglich geworden, das starre dreigliedrige Schulsystem zu lockern. Die SPD setzte im Koalitionsvertrag durch, dass ab Schuljahr 2006/2007 auf Antrag Gemeinschaftsschulen möglich sind, in denen die Kinder bis zur 8., 9. oder 10. Klasse gemeinsam lernen. 2006 erhielten zwei Schulen die Genehmigung, 2007 sind es vier, die Entscheidung fiel am 07. März in Dresden. „Freie Presse“ und der MDR berichteten darüber. Auch Oederan hatte einen entsprechenden Antrag eingereicht. Er wurde nicht abgelehnt, son-

und Spätentwicklern reale Chancen eröffnet. Ich persönlich hätte mir die Genehmigung des Oederaner Modells für 2007 gewünscht, wenn auch unter dem Vorbehalt der 40 Anmeldungen.

Aus der Arbeit der Arbeitsgruppe Schulnetzplanung des Kreistages

von Achim Grunke, Freiberg

Die Arbeitsgruppe „Schulnetzplanung“, in welcher ich mitarbeite, ist vom Kreistag berufen worden. Jede Fraktion entsendet einen Vertreter. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden in den „Superausschuss“ des Kreistages für Finanzen, Bau, Bildung und Kultur als Empfehlungen eingebracht.

Die Vorgeschichte der Arbeitsgruppe ist schnell erzählt. Die rapide sinkenden Schülerzahlen forderten zum Handeln auf. Der Ausschuss des Kreistages war dafür zu groß und zu breit gefächert. Deshalb diese kleine Arbeitsgruppe, die flexibel ist und die Schulbegehungen effektiv organisieren kann. Im vergangenen Jahr stand die Fortschreibung der Schulnetzplanung für den Bereich der Mittelschulen an. Die Arbeitsgruppe war im Frühjahr 2006 in allen gefährdeten Schulen,



Hier soll das Oederaner Modell ab 2008 realisiert werden - die Mittelschule der Stadt

dem die Genehmigung unter der Bedingung auf 2008 vertagt, dass sowohl 2007 wie auch 2008 mindestens 40 Schüler für die 5. Klasse angemeldet werden. Das müsste zu schaffen sein, denn das Interesse der Eltern an der Gemeinschaftsschule ist groß, muss sie doch garantieren, dass der Übergang der Schüler an das Gymnasium jederzeit möglich ist. Das Oederaner Modell sieht diesen Übergang nach der 9. Klasse vor.

Der Vorteil einer Gemeinschaftsschule liegt darin, dass die Kinder nicht schon mit 10 Jahren auf einen Bildungsweg festgelegt werden, soziale Kompetenz im Miteinander entwickelt und gefördert wird und längere Schulwege vermieden werden. Außerdem werden die Durchlässigkeit des Schulsystems garantiert

verschaffte sich einen Überblick und beriet über die Möglichkeiten zum Erhalt. Dabei steht über allem das Damoklesschwert der Zahl „40“, soviel Schüler müssen in einem Jahrgang pro Schule in die beiden 5. Klassen mindestens aufgenommen werden.

Kürzlich fand ein weiterer „Großeinsatz“ der Arbeitsgruppe statt. Diesmal waren wir in den Einrichtungen der beruflichen Ausbildung im Landkreis. Dort kommt das Wellental der rapide sinkenden Schülerzahl bekanntlich in wenigen Jahren an und wird auch hier zu einschneidenden Konsequenzen in den Berufsschulzentren führen. Das wollen wir langfristig begleiten und das Beste aus der Misere machen.

Sozialskandal in Freiberg?

(hw) Unter dieser Überschrift (natürlich ohne Fragezeichen) meldete sich der Chef des Mieterbundes Freiberg, Klaus-Dieter Mund, in der Ausgabe März der Zeitschrift „SO!“ der LINKEN in Sachsen zu Wort. Die Quintessenz seines Artikels: In Freiberg wird im Rahmen des sogenannten Stadumbaus über die Köpfe alter Menschen hinweg die Abrißbirne geschwungen und Wohnraum in insgesamt 331 altersgerechten Wohnungen aus Profitgier tot gemacht. Ein im Raum stehender Unterton dabei: die Stadträte der LINKEN machen munter mit bei diesem nach Munds Ansicht dummen und verantwortungslosen Deal. Wir fragten dazu die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Freiburger Stadtrat, **Ruth Kretzer-Braun**.

„Ganz abgesehen davon, dass der wahre Skandal viel länger zurück liegt und von der CDU und dem damaligen Oberbürgermeister Heintze zu verantworten ist, bin ich sehr unzufrieden, wie die Dinge jetzt laufen. Es stimmt, auch unsere Fraktion hat an jenem 15. September 2005 der Vorlage 2005/244 zugestimmt, mit dem der „Stadumbau“ in Freiberg in die Wege geleitet wurde, eine vornehme Umschreibung für den Abriss von Wohnungen. Betriebswirtschaftlich ist dieser „Rückbau“ aus der Sicht des Vermieters und letztlich auch der verbleibenden Mieter sinnvoll und vernünftig - und es gab damals scheinbar keinen anderen Weg.“

Weiter verwies Genossin Kretzer-Braun darauf, dass es die PDS-Fraktion war, die im Zusammenhang mit dieser Beschlussfassung einen Ergänzungsbeschluss durchsetzte, entsprechend dem die SWG für den Stadumbau einschließlich der für den Abbruch vorgesehenen Objekte einen Sozialplan zu erarbeiten hat. Dieser sollte den zeitlichen Ablauf unter Berücksichtigung der Wohnungsbelegung, Angebote von bezahlbarem Wohnraum für sozial Schwache und mögliche Einzelfallhilfen für Empfänger von ALG II umfassen. Dennoch, so Kretzer-Braun, mache sie sich Vorwürfe, dass sie selbst und die Fraktion nicht noch intensiver geprüft haben, welche Konsequenzen der Abriss der Wohnungen für die Mieter habe und welchen Personenkreis er konkret betreffen würde.

Die von Herrn Dr. Mund aufgestellten Behauptungen, dass die SWG ohne Rücksicht auf den kleinen Geldbeutel mancher älteren Mieter alles saniert und modernisiert hat, ist für Ruth Kretzer-Braun schlichtweg falsch. Eigentümer des überwiegenden Teils der Wohnungen in Freiberg-Friedeburg sind die WG Freiberg und der Bauverein AG Darmstadt. Beide verweigern die Beteiligung am Stadumbau, wohl in der Hoffnung, ihre Wohnungen künftig besser vermieten zu können. Wo bleibt eigentlich der Protest des Mieterbundes

Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

Im März 2007 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Annelies Schlüter	03.03.1927	Triebischtal
Werner Zacharias	08.03.1923	Neuhausen
Siegfried Fuchs	10.03.1937	Niederwiesa
Fritz Uhlig	10.03.1917	Rechenberg-Bienenmühle
Harro Ullmann	10.03.1917	Freiberg
Erika Steyer	11.03.1930	Oederan
Hildegard Albrecht	15.03.1921	Meißen
Anita Richter	16.03.1929	Brand-Erbisdorf
Maria Abel	23.03.1922	Freiberg
Werner Ulbricht	27.03.1923	Oederan
Heinz Tschök	28.03.1920	Flöha
Danuta Klug	29.03.1928	Brand-Erbisdorf
Liesbeth Möller	30.03.1932	Freiberg
Herbert Haase	31.03.1920	Niederwiesa
Hans-Joachim Klöpffer	31.01.1930	Freiberg
Heinz Koch	31.03.1922	Großhartmannsdorf



Freiberg in dieser Angelegenheit? Noch eine Unwahrheit enthält der Artikel von Dr. Mund: Richtig ist, dass es ein Kaufangebot für das Haus Kurt-Handwerk-Straße 2 gab; richtig ist aber auch, dass der Unternehmer dieses Angebot aus wirtschaftlichen Gründen selbst zurückgezogen hat.

Noch ist nach den Worten von Ruth Kretzer-Braun in dieser unglücklichen Geschichte nicht aller Tage Abend. Deshalb sei eine neue Befassung des Stadtrates mit dem Problem unbedingt erforderlich. Die Fraktion der Linkspartei.PDS werde sich mit allen Kräften dafür einsetzen.

Was die Fraktionsvorsitzende strikt ablehnt,

ist, die Auseinandersetzung um den geplanten Abriss der 331 altersgerechten Wohnungen im Zuge des Freiburger Stadumbaus als möglichen Pluspunkt künftiger Wahlkämpfe für die Linke zu thematisieren. Da geht ihr das Schicksal der Bewohner der zum Abriss vorgesehenen Häuser viel zu nahe, um es politisch zu vermarkten. Jetzt sei im Gegenteil Sacharbeit angesagt, um eine für die Bewohner des Hauses Kurt-Handwerk-Straße 2 annehmbare Lösung zu finden. Blinder Aktionismus und wüste Beschimpfungen, ohne auf Argumente der anderen Seite mit überzeugenden Gegenargumenten zu antworten, schaden dem nur.



Die Fraktionsvorsitzende der Linken.PDS im Freiburger Stadtparlament, Ruth Kretzer-Braun, im Gespräch mit Horst Maneck. Es geht um die Freiburger Schulen, denen beide Jahrzehnte ihres beruflichen Lebens gewidmet haben.

termine

März 2007

01.03.27	17:30 Uhr	Beratung des Runden Tisches Färbergasse 5
07.03.2007	14:00 Uhr	Mittwochs-Cafe Internationaler Frauentag 2007
08.03.2007	14:00 Uhr	Veranstaltung zum Internationalen Frauentag Brand-Erbisdorf, Dr.-W.-Külz- Str. 10
08.03.2007	19:00 Uhr	Koordinierungsausschuss der Kreise Döbeln, Freiberg und Mittweida Kreisgeschäftsstelle Döbeln
12.03.2007	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung
13.03.2007	18:00 Uhr	Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Flöha, Augustusburger Straße 73
15.03.2007	17:00 Uhr	Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Brand-Erbisdorf Dr.-W.-Külz-Str. 10
22.03.2007	14:00 Uhr	Redaktionsberatung der „Freiberger LinksWorte“ Freiberg, Bebelplatz 3
24./25.03.2007		Bundesparteitage der Linkspartei.PDS und der WASG in Dortmund zur Verschmelzung beider Parteien
27.03.2007	15:00 Uhr	Beratung der Senioren-AG, Freiberg, Bebelplatz 3
27.03.2007	16:30 Uhr	Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Freiberg, Bebelplatz 3
28.03.2007	14:00 Uhr	Mittwochs-Cafe - Osterbastelei
28.03.2007	17:30 Uhr	Beratung des Runden Tisches Färbergasse 5
30.03.2007		Beginn der Urabstimmungen zur Verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG

April 2007

02.04.2007	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung
------------	-----------	-----------------------

„LinksWorte“ des Monats

Sie kommen im März von unserem Leser Helmut Jahn aus Oederan zum Thema „Heimat“

„Heimat ist ein Begriff, der in jedem Menschen Gefühle und Erinnerungen weckt. In der Gegenwart haben auch die Politiker die große Bedeutung dieses Begriffs erkannt und nutzen jede Gelegenheit, die Menschen daran zu erinnern. Jeder Mensch erinnert sich gern an seine ersten Erlebnisse an der Hand von Mutter und Vater. an Blumen vor dem Haus oder den ersten Schultag. Man denkt an viele kleine und große, an schöne und weniger schöne Erlebnisse aus der Kinderzeit..... Nach der Schule folgt die Lehrzeit und erste Freundschaften, die später zu dauerhaften Verbindungen und vielleicht auch zu einem neuen Wohnort führen. Mit eigenem Fleiß erwirbt man sich einen festen Platz in der Gesellschaft, den man auch bereit ist zu beschützen wie seine eigene Familie. In einem solchen Land fühlt man sich wohl und kann ohne Sorgen alt werden. Wie sieht es aber gegenwärtig mit unserer Heimat aus? Nach einem verheerenden Krieg entstanden zwei unterschiedliche Weltsysteme. Der „kalte Krieg“ endete mit der friedlichen Aufgabe der neuen sozialistischen Ordnung. Der Kapitalismus war nicht Willens und in der Lage, bei uns die Infrastruktur wieder aufzubauen, die zerschlagen wurde. Was ist eine Heimat wert, in der nur noch wenige Kinder geboren werden, wo Schulen schließen, wo immer noch Tausende abwandern und ihre Eltern zurücklassen, die Jugend nur wenige Lehrstellen zur Verfügung hat, dafür Rauschgift, Kriminalität und Arbeitslosigkeit herrschen. Kein Wunder, dass sich daraus eine negative Haltung gegen alles entwickelt und kein Heimatgefühl aufkommen kann.“

Termine Brennpunkt e.V. März 2007

Freitag, 16. März ab 19 Uhr
Frühlingsfest im Brennpunkt e.V. – Bei einem netten Glas Wein, einer Flasche Bier, einem kleinen Imbiss und bei Musik aus der Konserve lässt sich plaudern, diskutieren, feiern und und und...

Sonnabend, 17. März ab 19 Uhr
Lustiges Hallenfußballturnier der „Roten Rüben“
in der Bergstadthalle Brand-Erbisdorf

Wochenende, 23./24. März 2007
Gedenkstättenfahrt nach Theresienstadt

Dienstag, 27. März ab 19 Uhr
Filmabend „Das unsichtbare Visier“
(DEFA-Spielfilm-Serie mit Armin Mueller-Stahl, Teil 3 und Teil 4)

Regelmäßige Veranstaltungen in den Vereinsräumen:

Dienstags ab 9 Uhr – gemeinsames Frühstück
Mittwochs ab 14 Uhr – Sozialberatung
Donnerstags ab 19 Uhr – VoKü

Darüber hinaus bieten wir innerhalb unserer Öffnungszeiten die Möglichkeit ein PC-Kabinett mit Internetzugang zu nutzen. Ein umfangreiches Angebot an Zeitungen und Büchern kann ebenfalls genutzt werden.

Brennpunkt e.V.
Dr.-W.-Külz-Str. 10
09618 Brand-Erbisdorf
Tel: 037322/50623
Fax: 037322/2286
www.brennpunkt-bed.de
info@brennpunkt-bed.de
Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-21 Uhr

Über die Kreisgrenze geblickt

Am Abend des 06.03.07 wurde in Mittweida ein landkreisweites „Bündnis für Menschenwürde – gegen Rechtsextremismus im Landkreis Mittweida“ gegründet. Rund 200 Menschen aus allen Teilen der

Bevölkerung waren dem Aufruf der fünf Initiatoren – der Sächsischen Landjugend, den Muldentaler Jugendhäusern, dem Städtischen Freizeitzentrum Mittweida, dem Jugend und Kulturverein Schwarzbach und dem Christlichen Verein Junger Menschen – gefolgt. 65 Bürger aller Altersstufen schrieben sich in die Liste der Gründungsmitglieder ein. Ziele des Bündnisses sind unter anderem die Stärkung einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Alltagskultur, Aufklärung der Bevölkerung in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und das Zurückdrängen rechtsextremer Gewalt, Vernetzung von Jugendarbeit, Schule und Zivilgesellschaft, Jugendkulturelle Gesellungs- und Aktionsformen vorzustellen und deren Vielfalt zu ermöglichen, Einbeziehung ausländischer MitbürgerInnen in unser Alltagsleben.

Renate Weinbrecht, Kreisvorstand Mittweida